



**PARLAMENTARISCHE
VERSAMMLUNG
EUROPA-MITTELMEER**



Athen, 27.3.2008

EMPFEHLUNG

**im Namen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, soziale Angelegenheiten
und Bildung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer,**

vorgelegt von Dr. Hazim El-Nasser, Vorsitzender,

auf der Grundlage der Vorschläge der Berichterstatter

***Frau Jamila Madeira, stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, und
Herrn Fathi Farjaoui zum Thema „Förderung von Investitionen im Mittelmeerraum
mittels Bildung und Beschäftigung – gleiches Recht auf Bildung und
Erwerbsbeteiligung für Männer, Frauen und junge Menschen“***

sowie

***Herrn David Hammerstein und Frau Fatima Chelouche zum Thema „Erneuerbare
Energieträger und Förderung umweltfreundlicher Energien – Energieprogramme zur
Schaffung eines euromediterranen Energiemarktes“.***

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer,

- unter Hinweis auf die Erklärung von Barcelona vom 28. November 1995 zur Gründung einer Partnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie auf das auf dieser Konferenz angenommene Arbeitsprogramm,
- unter Hinweis auf die Entschließung zum Thema „Die Millenniumsziele in der Region Europa-Mittelmeer“, die auf der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) in Tunis vom 17. März 2007 angenommen wurde,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Europa-Mittelmeer-Konferenzen der Minister und der Fachminister, die seit Einleitung des Barcelona-Prozesses abgehalten wurden, sowie insbesondere auf die Schlussfolgerungen der IX. Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister vom 5. und 6. November 2007,
- unter Hinweis auf die am 18. Juni 2007 in Kairo angenommene Schlussklärung der ersten Ministerkonferenz zur Hochschulbildung und wissenschaftlichen Forschung sowie auf die Ziele der Erklärung von Catania aus dem Jahr 2006,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) der Region Europa-Mittelmeer vom 15. September 2007 in Porto,
- unter Hinweis auf ihre am 11. Mai 2006 verabschiedete Entschließung zu den „Bedingungen der Umwandlung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) in die Europa-Mittelmeer-Entwicklungsbank“, die der Tagung der EuroMed-Wirtschafts- und Finanzminister vom Juni 2006 in Tunis vorgelegt wurde, sowie auf die Schlussfolgerungen dieser Tagung,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Berichts über ausländische Direktinvestitionen in der MEDA-Region, der im Jahr 2007 vom Netz zur Förderung von Investitionen im Europa-Mittelmeerraum (ANIMA) veröffentlicht wurde,
- unter Hinweis auf die Arbeit der XI. Europa-Mittelmeer-Konferenz vom 18. und 19. Juni 2007 in Brüssel zum Thema „Volkswirtschaften im Mittelmeerraum und die drohenden Umweltprobleme“,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz zum Thema „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Innovative Politik- und Finanzierungsinstrumente für die südlichen und östlichen Nachbarn der EU“, angenommen am 19. April 2007 in Berlin,
- unter Hinweis auf das Grünbuch der Kommission „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ (KOM(2006) 105), Brüssel, März 2006,

- in Kenntnis des Weißbuchs des Club of Rome „Clean Power from Deserts“ (DESERTEC, 2007),
 - A in der Erwägung, dass die wirtschaftliche Attraktivität des Mittelmeerraumes in den letzten Jahren zugenommen hat (die ausländischen Direktinvestitionen stiegen von 1 % im Jahr 2000 auf 4 % im Jahr 2006), unter anderem infolge der bedeutenden Reformen, die in den meisten Ländern dieses Raumes durchgeführt wurden, um das rechtliche und ordnungspolitische Umfeld für Investitionen zu verbessern,
 - B in der Erwägung, dass Wirtschaftswachstum, Gerechtigkeit, regionale Entwicklung und regionale Konvergenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gleiches Gewicht erhalten sollten, sowie in der Erwägung, dass der Bevölkerung insgesamt die Vorteile des Wachstums zugute kommen sollten, und in der Erwägung, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nur anhand ihres Beitrags zum Wachstum beurteilt werden sollten, sondern auch anhand der mit ihnen geschaffenen Arbeitsplätze, ihres Beitrags zur Armutsminderung und ihres Beitrags dazu, die ärmeren Regionen aus ihrem Entwicklungsrückstand herauszuführen,
 - C in der Erwägung, dass das größte Wachstums- und Produktivitätspotenzial für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas zu finden ist und dass gegenwärtig die von der Investitionshöhe her wichtigsten Investoren die Golfstaaten sind,
 - D in der Erwägung, dass das quantitative Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen unbedingt mit der qualitativen Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Hebelwirkung einhergehen muss, was bedeutet, dass staatliche Maßnahmen auf Folgendes ausgerichtet werden müssen: Gewährleistung der Sicherheit von aus- und inländischen KMU, indem die Entwicklung eines engmaschigen, berufsständisch orientierten und gut integrierten Gefüges industrieller Strukturen gefördert wird, Anregung von Investitionen in für die Wirtschaftstätigkeit notwendige Infrastrukturen, Förderung von sozial verantwortungsbewussten und nachhaltigen Investitionen, bei denen davon auszugehen ist, dass die natürlichen und Humanressourcen des südlichen Mittelmeerraums zweckentsprechend genutzt werden,
- 1. betont, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht losgelöst von den Belangen der betroffenen Menschen gesehen werden sollte und dass dies Investitionen in die Wirtschaft zugunsten der örtlichen Bevölkerung voraussetzt sowie insbesondere, dass bei der Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen die wirtschaftlichen Faktoren nicht losgelöst von ihren tatsächlichen Auswirkungen auf die betreffenden Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Beschäftigung, Bildung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Umwelt, Kultur und Fortschritt hin zum Frieden betrachtet werden sollten; fordert, dass ein erheblicher Teil der für die finanzielle Zusammenarbeit vorgesehenen Haushaltsmittel für die Bildung abgestellt wird;

2. bestätigt die Bedeutung der sozioökonomischen Konvergenz – sowohl innerhalb der südlichen Länder als auch zwischen den beiden Küsten des Mittelmeeres – und der regionalen Integration für einen erfolgreichen Investitionsplan und dafür, die wirtschaftliche, industrielle und institutionelle Zusammenarbeit, zu der sich die an den beiden Küsten des Mittelmeeres gelegenen Partnerländer verpflichtet haben, voll auszuschöpfen; ist ferner der Überzeugung, dass Konvergenz und regionale Integration die besten Wege darstellen, um die Herausforderungen der Globalisierung anzugehen, insbesondere was die Regionen mit Entwicklungsrückstand betrifft, und dass sie der Schlüssel für Wachstum, zur Beseitigung der Armut und für nachhaltige Entwicklung sind;
3. erkennt die Notwendigkeit an, mehr EU-Länder und Organisationen in die MEDA-Belange einzubinden, insbesondere in Nord- und Mitteleuropa, und das beträchtliche Investitionspotenzial des Mittelmeerraums innerhalb der Europäischen Union konsequenter zu fördern;
4. betont die Bedeutung von Mikrokrediten im Barcelona-Prozess sowie in der Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik und fordert nachdrücklich, dass Mikrofinanzierungsprojekte gefördert und mehr Programme zugunsten von Frauen in diesem Rahmen aufgelegt werden sollten; fordert wirtschaftliche und Humanressourcen für Mikrokreditprojekte in den Mittelmeerländern und schlägt vor, dass eine gemeinsame Mikrokreditvereinigung eingerichtet wird, die befugt ist, die Durchführbarkeit von Projekten zu beurteilen; bekräftigt, dass es notwendig ist, die Armut durch partnerschaftliche Entwicklung zu mindern und die von den Vereinten Nationen vorgegebenen Millenniumsentwicklungsziele im Mittelmeerraum zu erreichen, indem hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden, bei denen insbesondere im Falle junger Menschen und Frauen die Arbeitnehmerrechte geachtet werden, indem Gebiete mit sozialer Ausgrenzung in den Städten saniert werden und indem Maßnahmen ergriffen werden, um die Rückständigkeit ländlicher Gebiete zu bekämpfen; betont, dass es wichtig ist, durch konstruktive Maßnahmen einen Anstoß für die rechtliche und formelle Gleichstellung von Frauen und Männern in der Öffentlichkeit und im Privatleben und für ihre umfassende Einbindung in das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben zu geben; fordert die in der PVEM vertretenen Länder auf, Geldüberweisungen von Arbeitnehmern in ihre Heimatländer zu vereinfachen;
5. bestätigt, dass Bildung und Forschung überaus wichtig für die politische und sozioökonomische Entwicklung einer Gesellschaft sind, und bekräftigt, dass ein fairer und vorbehaltloser Zugang zu hochwertiger Bildung, auch zur Erwachsenenbildung, im Rahmen der Fähigkeiten der Länder und im Einklang mit den Millenniumsentwicklungszielen geschaffen werden soll, indem ein wirksames System der kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung und insbesondere zur Ausbildung von Führungskräften gefördert wird; verweist auf die Notwendigkeit, Vorkehrungen für Systeme der öffentlichen Bildung und Gesundheit zu treffen und wirksame staatliche Maßnahmen zu ergreifen, die darauf ausgerichtet sind, den universellen Zugang zu wichtigen öffentlichen Diensten (Wasser, Strom, Verkehr und Kommunikation) zu gewährleisten;

6. fordert die in der PVEM vertretenen Länder auf, das private Bildungswesen zu fördern, denn viele Länder der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sind auf ein solches privates System angewiesen, um ihre verfassungsmäßigen Pflichten hinsichtlich des Rechts aller Kinder auf Bildung zu erfüllen, da der öffentliche Sektor nicht in der Lage ist, die Ausgaben in diesem Bereich zu tragen;
7. fordert die Regierungen auf, Schritte zur Bekämpfung von Vorurteilen einzuleiten und Maßnahmen zur Stärkung der Rechte der Frau im nationalen Recht zu ergreifen, damit Entwicklung für alle möglich wird; fordert die Regierungen daher nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass jedes Kind die Schule besucht und ein hohes Bildungsniveau genießt, und sich darum zu bemühen, dass die Quote der Schulabbrecherinnen verringert wird;
8. fordert die Einhaltung der im Bereich der wissenschaftlichen und universitären Zusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen, um Studenten und Wissenschaftlern der Wechsel an andere Einrichtungen zu erleichtern, und zwar durch die Stärkung der gemeinschaftlichen Programme TEMPUS und ERASMUS MUNDUS in den Partnerländern; verweist insbesondere auf die positive Wirkung der Ausweitung des Programms TEMPUS auf die MEDA-Länder im Jahr 2002, die wesentlich dazu beitrug, dass das Netz der Zusammenarbeit unter den Universitäten gestärkt wurde und Lehrkräften von Universitäten und Hochschulen die Chance erhielten, sich über bewährte Verfahren auszutauschen und einen fortwährenden Austausch von Wissen sicherzustellen; betont, dass die Reaktion aus der MEDA-Region trotz der knappen Mittel, die für dieses Programm bereitgestellt wurden, sehr positiv ist und die Nachfrage nach Teilnahme wächst;
9. betont, dass die erforderliche Plattform für den Auf- und Ausbau langfristiger Beziehungen und Verflechtungen zwischen Unternehmen in der EU und im Mittelmeerraum, insbesondere unter den KMU, geschaffen werden muss, und verweist auf die besondere Bedeutung einer Vernetzung von Unternehmensverbänden, um ein ideales Investitionsumfeld für Unternehmen in der Region zu schaffen; ist der Ansicht, dass Veranstaltungen und Foren, an denen Unternehmen aus der EU und dem Mittelmeerraum teilnehmen, für die Erreichung dieses Zieles von größtem Gewicht sind;
10. ist der Überzeugung, dass sich der Austausch von bewährten Verfahren und Erfahrungen auf dem Gebiet der Investitionsförderung und der Handelserleichterung – insbesondere in spezifischen Bereichen der Zusammenarbeit wie der Entwicklung von Strategien zur Anwerbung potenzieller Investoren und zu ihrer Unterstützung bei den Verwaltungsverfahren mithilfe zentraler Anlaufstellen – als besonders vorteilhaft für die MEDA-Länder erweisen wird und ausreichend gefördert werden sollte; fordert diejenigen Länder, die dies noch nicht getan haben, auf, das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption zu ratifizieren und zur Bekämpfung der Korruption eine Partnerschaft zwischen den Geber- und Empfängerländern zu bilden;
11. fordert die Europäische Kommission auf, Programme zur Ausbildung der Ausbilder aufzustellen, um die Ausbilder im Mittelmeerraum besser für den

Kapazitätsaufbau bei der Investitionsförderung zu rüsten, und für die Weitergabe ihrer Kenntnisse auch in ihren Herkunftsländern zu sorgen, indem ähnliche Schulungen auf örtlicher Ebene veranstaltet werden;

12. erneuert ihren Appell zur weiteren Verfolgung der Umwandlung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) in eine Europa-Mittelmeer-Entwicklungsbank; fordert eine beschleunigte Durchführung der fachlichen Studien gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank, um diese Fazilität in eine Bank umzuwandeln und sicherzustellen, dass Projekte zügiger und wirksamer umgesetzt und Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden; empfiehlt ferner die Einrichtung einer gemeinsamen Facharbeitsgruppe (mit zwei Mitgliedern aus dem Norden und zwei Mitgliedern aus dem Süden, die dem Wirtschaftsausschuss angehören), um die Umsetzung des Fahrplans, der von den ECOFIN-Ministern des EuroMed-Raums im Juni 2006 verabschiedet wurde, unter Mitwirkung verschiedener Beteiligter zu überwachen, etwa der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank, der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) und sonstiger Fachleute in diesem Bereich;
13. fordert die Länder im Europa-Mittelmeerraum auf, die Voraussetzungen für den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern zu verbessern, um eine größere Ausgewogenheit bei den Beschäftigungsmöglichkeiten zwischen den beiden Küsten des Mittelmeeres herbeizuführen sowie neue Arbeitsplätze und neue Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, insbesondere für junge Menschen, zu schaffen und auf diese Weise dazu beizutragen, dass die Direktinvestitionen im Rahmen einer stärkeren Öffnung der Grenzen im Europa-Mittelmeerraum gefördert werden, sowie die Vorschläge der Welthandelsorganisation (WTO) zu unterstützen, nach denen der Dienstleistungssektor in ausgewogener Weise auf beiden Seiten des Mittelmeeres gefördert werden soll; verweist nachdrücklich auf die Tatsache, dass die Verwirklichung dieser Ausgewogenheit in hohem Maße vom Ausbau der Post- und Telekommunikationsnetze abhängt;
14. verweist mit Nachdruck auf die wichtige Konsolidierung der Tendenz zur gemeinsamen Nutzung der im Europa-Mittelmeerraum vorhandenen Ressourcen, etwa der Wüstengebiete, die für die Erzeugung von Energie aus alternativen Energieträgern maßgeblich sein und dazu beitragen könnten, das Gleichgewicht zwischen der Erzeugung alternativer Energie, der Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der rationellen Nutzung der Wasserressourcen im Europa-Mittelmeerraum zu bewahren; fordert daher, dass der Anstieg der Preise von Lebensmitteln genau verfolgt wird, um Aspekte im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit besser zu ermitteln, und dass die Folgen der Verwendung dieser Lebensmittel zur Erzeugung von Biokraftstoffen untersucht werden;
15. fordert eine weiter beschleunigte Umstellung auf erneuerbare Energien, indem die Investitionen verstärkt und die Aus- und Weiterbildungsprogramme in diesem lebenswichtigen und vielversprechenden Sektor gefördert werden; zu diesem Zweck sollten Maßnahmen ergriffen und Rechtsvorschriften erlassen werden, die dem privaten Sektor Anreize für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien bieten;

16. fordert Schritte, um den Zugang zu Krediten und insbesondere Mikrokrediten von Banken des privaten Sektors durch eine Konsolidierung und Liberalisierung des Finanzsektors und eine bessere Zusammenarbeit unter den Finanzinstitutionen, insbesondere den Zentralbanken, zu erleichtern; bekräftigt die Bedeutung einer Sozialpolitik, die für mehr Arbeitsplätze insbesondere bei jungen Menschen und Frauen sorgt, und zwar durch Schaffung eines Klimas, das einer Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen förderlich ist, und durch Maßnahmen, die junge Menschen und Frauen zu Existenzgründungen auf örtlicher Ebene ermutigen, indem ihnen geeignete Instrumente zur Verfügung gestellt werden;
17. fordert verstärkte Bemühungen zur Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit unter den Ländern auf beiden Seiten des Mittelmeeres; zu diesem Zweck sollten die Programme für die Hochschulbildung erneuert und gefördert werden, insbesondere diejenigen, bei denen es um eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen geht, um den Erwerb neuer Technologien durch eine Erhöhung der Subventionen für gemeinsame Vorhaben in diesem Bereich zu erleichtern; ferner sollte die Gründung einer Europa-Mittelmeer-Universität unterstützt und eine Europa-Mittelmeer-Beobachtungsstelle für das Hochschulwesen geschaffen werden, um zu gewährleisten, dass sich die Bereiche der Wissenschaft gegenseitig befruchten und engere wissenschaftliche Bindungen entstehen, und um zu geeignete Lehrplanreformen anzuregen;
18. wirkt auf Bemühungen zur Bekämpfung der Verschmutzung und der Folgen des Klimawandels hin, insbesondere spezielle Maßnahmen in Bezug auf Industrieemissionen und Siedlungsabfälle, aber auch die Förderung von Modellen für eine nachhaltige Entwicklung mit sauberen, erneuerbaren Energien und umweltfreundlichen Städten, Industrien und Dienstleistungen, und zwar im Rahmen des Programms „Horizont 2020“, einem ehrgeizigen europäischen Plan, der Maßnahmen zur Säuberung der Meere bis zu diesem Termin vorsieht;
19. unterstreicht die für alle Partner enorm großen Vorteile der Schaffung eines vollständig vernetzten und integrierten Europa-Mittelmeer-Energiemarktes, indem die Energiemärkte in Europa-Mittelmeerraum ausgeweitet und zusammengeschlossen und die hierfür erforderlichen Infrastrukturvorhaben zum Abschluss gebracht werden;
20. unterstreicht die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit bei der Energieversorgungssicherheit im Europa-Mittelmeerraum durch Maßnahmen zur Diversifizierung der Energieressourcen, Förderung der Energieeffizienz und Einsparung von Energie, Entwicklung neuer Technologien, Forschung und Entwicklung sowie durch eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Finanzierung von Energieprojekten von gemeinsamem Interesse;
21. ist der Überzeugung, dass der nachhaltigen Entwicklung Vorrang eingeräumt werden sollte, zumal der Energieverbrauch in den südlichen und östlichen Mittelmeerländern rasch ansteigt; möchte vorausschauend die notwendigen Lehren daraus ziehen, wie sich die europäischen Länder entwickelt haben, um so

den Partnerländern unnötige Kosten zu ersparen, und fordert Maßnahmen zur Anregung von Investitionen in Projekte, die auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz basieren oder zur Verringerung der Treibhausgase zu beitragen, insbesondere Projekte im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) nach Maßgabe des Kyoto-Protokolls; fordert die in der PVEM vertretenen Länder und die Industrieländer auf, das Übereinkommen von Kyoto umzusetzen und die Industrieländer dazu anzuhalten, umweltfreundlichere Wind- und Sonnenenergieanlagen zu bauen;

22. attestiert das beträchtliche Potenzial zur Erzeugung erneuerbarer Energien im Europa-Mittelmeerraum, dem eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels, der Diversifizierung der Energiequellen und der Stärkung der Volkswirtschaften sowie bei der Schaffung von Märkten für qualifizierte Arbeitskräfte und von demokratischen Strukturen zukommen kann; weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Frage von weltweitem und von regionalem Interesse handelt, die sich auf die künftige Stabilität und soziale Lebensfähigkeit unserer aller Gesellschaften auswirkt, und dass ein entscheidender Grund für die wesentlich verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie im Europa-Mittelmeerraum darin besteht, den Zugang zu Süßwasser und umweltfreundlichen Energiequellen für Millionen von Menschen zu gewährleisten, denen diese Leistungen nicht zur Verfügung stehen;
23. ermutigt alle in der PVEM vertretenen Länder, Zielvorgaben für die Erzeugung erneuerbarer Energien festzulegen, um sicherzustellen, dass je nach Kapazität der einzelnen Länder ein erheblicher Anteil des Gesamtenergieverbrauchs auf diese Energien entfällt; fordert die Europäische Kommission auf, den Partnerländern technische Hilfe zu leisten, so dass für die einzelnen Länder Ziele für Solar-, Wind-, Biomasse- und geothermische Energie sowie für Energie aus sonstigen erneuerbaren Quellen formuliert werden können;
24. nimmt mit Interesse die Vorschläge des Club of Rome mit dem Titel „Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation“ (TREC) zur Gewinnung umweltfreundlicher Energie aus Wüstengebieten zur Kenntnis; ist insbesondere der Überzeugung, dass die EU und die in der PVEM vertretenen Länder Finanz- und Infrastrukturmaßnahmen ergreifen sollten, um solarthermische Kraftwerke mit Bündelung der Direktstrahlung (CSP-Kraftwerke) in Wüstengebieten des Europa-Mittelmeerraumes zu fördern; weist darauf hin, dass für diese Initiativen Finanzhilfen der EU erforderlich sind, um ein Pilotprojekt zu erstellen, den Zugang zum Netz zu erleichtern und möglicherweise einen Verbund des Übertragungsnetzes mit Europa einzurichten, so dass dieser Strom in die europäischen Energiemärkte integriert werden kann; fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, diesbezüglich einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten;
25. fordert als strategisches Konzept der PVEM-Regierungen eine umfassend konzipierte Politik für den Technologietransfer und die sachkundige Ausbildung im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz; fordert des Weiteren eine Ausweitung der Programme für Stipendien und technische Aus- und Weiterbildung sowie für den Austausch von Studenten in diesem Bereich und die umfassende Einbindung erneuerbarer Energien in das Europäische

Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) sowie in alle bilateralen Aktionspläne und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Partnerländern;

26. fordert die vordringliche Umsetzung eines beispielhaften Energieprojekts für den Gaza-Streifen, möglicherweise im Gebiet Rafah, um für die Bevölkerung im Gaza-Streifen Autonomie und Selbstversorgung bei der Stromerzeugung und der Entsalzung von Wasser sicherzustellen; ist der Überzeugung, dass sich diese Ziele mit einer großen, für hohe Temperaturen ausgelegten Solaranlage erfüllen ließen und dass hiermit ein Zeichen für erneuerbare Energien in der gesamten Region gesetzt werden könnte; vertritt die Auffassung, dass die Geberkonferenz von Paris, der PEGASE-Mechanismus und die Hilfsprogramme der EU in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, Ägypten und dem Nahost-Quartett erhebliche Mittel für diese Initiative bereitstellen sollten;
27. fordert die Institutionen im Europa-Mittelmeerraum auf, sich die traditionelle Architektur und Stadtplanung in diesem Raum zunutze zu machen und hieraus zu lernen, da sie viele gute Beispiele für passives Kühlen und Heizen sowie für die Verwendung von energieeffizienten, vor Ort vorhandenen Materialien aufweist; ist der Ansicht, dass sich bei diesen nachhaltigen Modellen moderne Technologien für erneuerbare Energien mit der energieeffizienten Städteplanung des Mittelmeerraums auf der Grundlage einer seit Jahrhunderten bewährten Bauweise unter Berücksichtigung der klimatischen Bedingungen miteinander verknüpfen lassen;
28. betont, dass eine konkrete Politik auf den Weg gebracht werden muss, um mit Erfolg Maßnahmen für erneuerbare Energien zu entwickeln und für den Austausch von Technologien unter den in der PVEM vertretenen Ländern zu sorgen; unterstreicht die Bedeutung eines allgemeinen Europa-Mittelmeer-Übereinkommens, das darauf ausgerichtet ist, die Umsetzung, den Transfer und die Verbreitung von Technologien für erneuerbare Energien im Europa-Mittelmeerraum zu organisieren; legt allen in der PVEM vertretenen Ländern nahe, die Harmonisierung ihrer Rechtsvorschriften zu erneuerbaren Energien zu prüfen;
29. fordert Anstrengungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für erneuerbare Energieträger, da sich nicht nur die Fachleute, sondern auch die breite Öffentlichkeit mit diesem Thema befassen sollte;
30. vertritt die Auffassung, dass die Kosten erneuerbarer Energien für alle Verbraucher unabhängig von der sozialen Schicht erschwinglich sein sollten;
31. fordert finanzielle Hilfe und technische Unterstützung zur Förderung erneuerbarer Energien;
32. beauftragt ihren Präsidenten, diese Empfehlung an die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses, die Ministerkonferenz der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, die Europäische Kommission, die Regierungen der Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses sowie an die beteiligten Institutionen zu übermitteln.

**** *****

Keine Einigung wurde in Bezug auf folgenden Absatz erzielt:

33. äußert ihre tiefe Besorgnis angesichts der israelischen Aggression gegen die palästinensischen Gebiete im Gaza-Streifen und Westjordanland und der Tötung von Kindern, Frauen und Älteren sowie der Vernichtung der Infrastruktur mit negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Investitionsmöglichkeiten in den palästinensischen Gebieten, und missbilligt das Vorgehen Israels.